



Landesverband Hessen

Landesprogramm

Landesprogramm der ÖDP Hessen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. „Am Anfang war...“ die Bildung!	4
2. Saubere Demokratie	9
3. Mehr demokratische Mitbestimmung	10
4. Handlungsfähiges Land.....	11
5. Anders wirtschaften!	12
6. Energie	14
7. Tierschutz.....	16
8. Landwirtschaft	18
9. Ländlicher Raum	21
10. Sozialer Wohnungsbau.....	23
11. Familienfreundliche Politik	25
12. Hebammen und Geburtshilfe	27
13. Gesundheitssystem	29
14. Kulturförderung	31
15. Mobilität	32
16. Innere Sicherheit	34
17. Rechtsstaatlichkeit wahren.....	36
18. Transparenzgesetz	36

Beschlossen am 17.03.2018 in Frankfurt

Vorwort

Demokratie, Ökologie und Ökonomie – damit gestalten wir menschliches Miteinander, Verteilung und Wohlstand, aber vor allem auch unser Überleben auf diesem Planeten.

Wer auf diesem Planeten überleben will, muss dringend anders handeln, also wirtschaften: um die Lebensgrundlagen wie Wasser, Klima, Boden und Luft zu wahren und möglichst allen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen.

Eine starke, saubere Demokratie ist deswegen für uns der Schlüssel zu einem friedlichen und enkeltauglichen Miteinander, in dem die Interessen der Vielen und nicht einiger Weniger gewahrt werden können. Sie muss dafür staatliche Rahmensetzungen für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften schaffen und das umfassend, als Grundkonzept. Für uns bildet daher Demokratie den Rahmen, in dem alle anderen Kapitel ihren Platz finden.

Dies ist ein Landesprogramm - **Bildung** steht darum für uns an erster Stelle. Nur wer genügend Wissen von Mensch, Politik, Natur und Umwelt hat, genug Verständnis, um die globalen Zusammenhänge zu erfassen und die Wirklichkeit in ihrer Komplexität und rasanten globalen Entwicklung verstehen bzw. sich zu erschließen vermag, kann Wirtschaft und Zusammenleben enkeltauglich gestalten. Nur wer Demokratie versteht und erfahren hat, wird sie weitertragen und als Basis für ein friedliches Miteinander wahren. Dem Bildungssystem kommt daher eine ungeheure Verantwortung zu, die Hessen dringend wahrnehmen muss und mit uns wird.

Enkeltauglich heißt für uns, dass Politik langfristig gedacht sein muss, dass sie immer die Auswirkungen unseres politischen und gesellschaftlichen Handelns für unsere Enkel und deren Enkel mitbedenken und entsprechend verantwortlich agieren muss, **und zwar unverzüglich**. Dies ist unsere Ethik, die alle unsere Überlegungen und programmatischen Forderungen durchzieht und trägt.

Die übrigen Kapitel reihen sich ein, auch wenn sie natürlich viel vernetzter und komplexer zusammenhängen, als mit einer aufeinanderfolgenden Kapiteleinteilung abbildbar ist.

Schauen Sie rein, lesen Sie ausgewählt die Kapitel, die Sie besonders interessieren, lesen Sie quer oder lesen Sie alles. Bei Fragen sind Sie herzlich eingeladen, uns anzurufen oder schauen Sie auf unserer Web- oder Facebook-Seite!

Ihr Landesvorstand und die Aktiven des Parteitages März 2018

1. „Am Anfang war...“ die Bildung!

In Anspielung an das Bibelwort aus dem Johannesevangelium sehen wir Bildung als den Ausgangspunkt guten Lebens. Mit der allgemeinen Schulbildung begann das demokratische Zeitalter und zahlreiche Studien belegen den Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Gesundheit, Einkommen, Beschäftigung bis hin zu gesellschaftlicher Wohlfahrt als Ganzer. Bildung ist uns etwas wert – gerade weil sie Ländersache ist, darf und muss sie uns weit mehr wert sein und kosten als aktuell.

Wir müssen daher „zurück“ zur Hochschätzung echter Bildung, denn sie ist unsere Zukunft!

Demokratie lernt, wer sie erfährt

Vom Kindergarten bis zum Berufseintritt prägt der Staat, wie kleine Menschen das gesellschaftliche Leben erfahren und was sie weitertragen werden. Demokratie lautet die für uns immer noch beste und zudem grundgesetzlich verankerte Staatsform. Also sorgen wir dafür, dass Kinder sie vom ersten Tag an positiv erleben. Nur so werden sie mündige Bürger.

Schule ist nach dem Kindergarten der Lernort Nummer eins. Bildung ist noch Ländersache, doch Bologna und die EU haben schlimme Trojaner installiert. Wir wollen daher in Hessen zu einer ganzheitlich-enkeltauglichen Bildung: Diese braucht Zeit und Raum sowie eine Kultur der demokratischen Wertschätzung, in der Geborgenheit durch klare Regeln und gestaltbare (Frei)räume erfahrbar ist. Daraus entsteht dann auch Kompetenz!

Kompetent wird man nicht durch „Kompetenzen“!

Gerade die historisch, global-geographisch, sozial, wirtschafts-politisch und kulturell bedingten Geschehnisse müssen erschließbar und angemessen deutbar werden, damit sich die Heranwachsenden in der globalen Situation zurechtfinden und zukunftsfähige Lösungen entwickeln können. Dies kann nur auf der Basis von Wissen und in der Auseinandersetzung mit Menschen, die mehr wissen und nur im Gespräch/ in der Diskussion geschehen. Bildungspolitik muss entsprechend ihren Fokus und ihre Finanzierung verschieben! Kompetent ist, wer vielfältige Zusammenhänge versteht und wirklichkeitsbezogene Fähig- und Fertigkeiten beherrscht. Mit uns wird Bildung auf die Vermittlung des Verstehens von Zusammenhängen sowie den Erwerb von anwendbarem Wissen und Fertigkeiten zielen.

Bildung braucht gebildete Lehrer

Durch PISA haben wir von Finnland gelernt, dass das A&O des Bildungswesens die Lehrer und ihre Ausbildung sind. Demokratie-Lernen entscheidet sich am Vorbild. Statt Willkür und Duckmäusertum im Referendariat wird es mit uns eine kritische Auseinandersetzung der Auszubildenden mit den Lehrenden über

den Prüfungsgegenstand und die Bewertungskriterien anhand von Sach-Fach-Wissen geben. Haupt-/Realschul-Lehrer brauchen auch die Perspektive nach oben und entsprechend die Perspektive vom gymnasialen Unterricht in ihrer Ausbildung. Dazu werden wir die „Modulprüfung“ abschaffen, damit zukünftig wieder kritische Menschen wie erfahrene Quereinsteiger in unserem Schulsystem einen Platz finden können.

Die universitäre Ausbildung der Lehrer muss zurück zu Eigenständigkeit, Selbstbestimmtheit und vernetztem Wissen statt Inselwissen. Sie muss zugleich aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit heraus gestaltet werden: Jede (Unter-) Fachdisziplin muss ihre Fragestellungen aus dem gesellschaftlichen Kontext heraus ableiten und die Ergebnisse darauf beziehen.

Gerade im H-/R und Grundschulbereich muss die kritische Bildung über das Wie des Lehrens viel größeren Raum einnehmen. Alternative Schulformen mit strukturiertem, freiem Lernen haben nachweislich größere Erfolge. Dafür braucht es kluge, gut bezahlte Lehrer und ein anspruchsvolleres, breiteres Studium. Wer an der Basis spart, hat Bildung nicht verstanden.

Lehrer müssen zudem Grundlagen psychotherapeutischer Zusammenhänge (wie z.B. Gedächtnisstörungen durch Traumata) in ihren Auswirkungen auf Verhalten, Lernweisen und Schwierigkeiten (er)kennen lernen, um Misshandlung erkennen, Lernblockaden verstehen und beratende Gespräche besser führen zu können. Nur wer weiß, was es gibt und durch wen geholfen werden könnte, kann sinnvoll damit umgehen und richtig weiter verweisen.

Gute Bildung braucht Raum und Zeit

Wer Lernen und Lehrer unter Zeitdruck setzt, verhindert Bildung. Wer zu viele Schüler in Klassenräume pfercht und bei gleichem Stoff die Schulzeit verkürzt, gibt seine Absicht kund. Wir wollen keine ökonomische Maximalausbeute des Humankapitals, sondern eine Gesellschaft aufgeklärter und denkender Menschen.

Deswegen werden wir die Wochenarbeitszeit wieder senken, um durchschnittlich 5 Stunden, teils an Fächerkombinationen gebunden. Klassenräume müssen schon rein von der Größe her den Namen „-Raum“ verdienen, in dem sich Schüler menschlich entfalten und intellektuell trainieren können. Das Land muss die Kommunen so für Bildung ausstatten, dass Schulen allein schon vom Gebäude her Räume sind, in denen kleine Menschen Wertschätzung und Geborgenheit erfahren.

Konkret heißt das für uns: Es braucht wieder Entlastungsstunden für Mentorentätigkeit sowie mehr Zeit für pädagogische und „demokratische“ Tage sowie Formalien. Eine erleichternde Änderung des Rechtsrahmens für Förderpläne, u.a. über zentralisierten Datenzugriff über ein digitales

Klassenbuch, aus dem heraus eine ausgeweitete Verwaltung den Lehrern diverse Aufgaben abnimmt.

Bildung braucht Zeit und Geborgenheit. Wer sich geborgen fühlt, lernt gut und nachhaltig. Wir als Land aber auch Schulen an sich brauchen deswegen eine entsprechende Kultur. Jedes Schulkollegium braucht ein eigenes Konzept, wie Mitbestimmung und Wertschätzung das Klima der Schule ausmachen und die dafür erforderliche Disziplin lückenlos ermöglicht wird.

Schulen müssen umfassend ausgestattet sein

Gutes Lernen braucht Personal:

Kleinere Klassengrößen, Team-Teaching bzw. Zweit-Lehrer oder „Hilfslehrer“ in inklusiven Klassen sind der erste Schritt. Schulen brauchen die Mitarbeit von Dolmetschern, Sozialarbeitern, Schul- Psychologen (Psychotherapeuten) mit den auf Schule zugeschnittenen Zusatzqualifikationen Supervisor und Mediator sowie pädagogische Koordinatoren. Diese müssen ihren Sitz in den jeweiligen Schulen tageweise vor Ort haben.

Bildung braucht Material:

Ein schneller Intra- und Internetanschluss sowie ein Notebook und ein Beamer müssen in jedem Klassenraum selbstverständlich sein. WLAN ist aus Gesundheitsgründen ausgeschlossen.

Die alte Holzbestuhlung und Tische sollten wo noch möglich erhalten bleiben, weil sie viel physio-logischer sind. Wir werden sie nachbauen statt modern konstruierte Kunststoff-Entsorgung auf Kosten der Gesundheit der Schüler zu bezahlen. Wenn schon Plastik, dann so.

Schulen brauchen gute Software. Wer im digitalen Zeitalter für das Leben von heute oder morgen vorbereiten will, braucht Zugang zu aktueller Hard- und Software.

Schulcomputer müssen entsprechend ausgestattet sein, wir treten für landesweite Schul-Lizenzen und eine funktionsfähige Verwaltungssoftware ein, die Lehrern den Alltag erleichtert: Lehrer und Verwaltung und ggf. Eltern brauchen Zugriff auf gemeinsame Daten (Stundenplan) via Internet / App bzw. sensible Daten via Intranet (Krankmeldungen, digitales Klassenbuch, Noten).

Um Lernen auch im Schulsystem selbst zu fördern, schaffen wir eine öffentlich zugängliche Landesdatenbank aller Schulcurricula und Schulkonzepte und richten eine jährliche kreis- sowie eine landesweite Schulkultur-Konferenz ein, bei der die Schulen ihre Konzepte austauschen und diskutieren.

Vielfältiger Unterricht

Für echte Bildung müssen alle Fächer personell besetzbar werden (höhere Stundenkontingente für die Schulen), die Wochenstundenzahlen der sozial-gesellschaftlichen, der naturwissenschaftlichen und künstlerischen Fächer vielfach wieder auf zwei und zwar in jedem Jahrgang erhöht werden.

Wir schaffen ein zusätzliches zweistündiges Fach „Natur und Gesundheit“, in dem aus dem altersentsprechenden Alltag heraus vielperspektivisch Wissen über Wege zum Gesund-Sein (physisch, psychisch, seelisch) vermittelt werden und mit der globalen Problematik unseres Überlebens auf dem Planeten in Verbindung gebracht werden. Das Fach, in dem Zusammenhänge der anderen Fächer hergestellt werden können.

Vielfalt im Schulsystem

Wir stehen für den Erhalt der Förderschulen und der Dreigliedrigkeit von Sek I/II sowie den unbedingten Erhalt der kleinen Schulen gerade im ländlichen Bereich! Inklusion ja – aber um der Menschen willen, wo sie sich räumlich und personell anbietet. Ganztagsbeschulung wollen wir nicht, sie kann als zusätzliches Angebot mit Spiel und gemeinsamem Erarbeiten von Hausaufgaben und zusätzlichem Lehrangebot gefördert werden aber nicht als Alternative zum vorwiegend vormittäglichen Regelunterricht.

Jeder Schüler einer übergeordneten Schulform macht im jeweiligen Jahrgang die Abschlussprüfungen der untergeordneten Schulform(en) mit, um diese Abschlüsse wie ihre Gleichaltrigen in der Hand zu haben. (Schüler der 9. Klasse am Gymnasium/der Realschule schreiben den Hauptschulabschluss mit, die 10. Klasse Gymnasium (bzw. 9. Klasse bei G 9) macht die Prüfungen des Realschul-Abschlusses).

Wir fordern Orientierungsarbeiten in Klasse 4, ähnlich denen in Baden-Württemberg; Die Noten aus der Klasse 4 oder die Empfehlung der Klassenkonferenz entscheiden über die weitere Schullaufbahn. Einzel-Anträge von Schülern oder Eltern nach beizufügender, dokumentierter Beratung mit Schul-Psychotherapeuten, Sozial-Arbeiter, Klassenlehrer und von Eltern verfasster, individueller Begründung des Einzelfalles sind möglich.

Bringschuld der Schüler

Die im Gesetz bereits jetzt verankerte Bringschuld der Schüler muss von der Schulkultur-Konferenz und damit dem einzelnen Lehrer konkret einzufordern sein dürfen. Hausaufgaben über die Ferien müssen erlaubt sein, anders als derzeit im Landesschulgesetz geregelt. Wir wollen die Versetzungsregeln an Haupt-Schulen an die der Realschule angleichen, um den Hauptschulabschluss wieder aufzuwerten.

Schüler aus sozial und psychisch belasteten Familien brauchen ein lückenloses Netzwerk an Unterstützung, aus dem die Eltern die Kinder nicht fernhalten dürfen, wenn Bedarf besteht bzw. die Kinder selbst Interesse signalisieren. Hier muss der Gesetzgeber dringend über das Bildungssystem hinaus nachbessern und Geld in die Hand nehmen!

Wir wollen den polizeilichen Zugriff auf Schulverweigerer wie in Bayern erleichtern (Zugang zum Haus ohne Durchsuchungsbefehl) und eine

morgendliche Meldepflicht der Schüler bei Krankheit oder Abwesenheit ans Schulsekretariat einführen.

Fernbleiben, Lernverweigerung oder wiederholtes Stören in Integrationsklassen/ Deutschkursen führen zu Meldung an die Ausländerbehörde und müssen bei Anträgen mit berücksichtigt werden; (Ausschluss Lern-Unvermögen (Trauma) durch frühzeitigen Verweis an Dolmetscher/Schulpsychologen.)

Universitäten und Hochschulen

Keinerlei weitere Privatisierung oder „Verstiftung“ von Universitäten, um Grundlagenforschung und freien Zugang für alle unabhängig von sozialem Hintergrund zu bewahren. Deswegen wird mit uns auch die Freiheit von Studiengebühren bleiben. Die Drittmittelfinanzierung muss dringend in ihrem Einfluss reduziert und auf optionale Projekte beschränkt bleiben. Bildung ist unsere Zukunft - mit uns gibt es starke Investitionen in die Grundlagenforschung und -ausbildung, gerade auch durch mehr festangestelltes Personal an staatlichen Universitäten.

Wir sind strikt gegen die derzeitige Elitenförderung, die selektive Pseudo-Förderung sozial schwacher Studenten durch Stipendienprogramme. Stattdessen braucht es eine Studien-Förderung für alle motivierten Köpfe, unabhängig von Geldbeutel oder Goodwill der Eltern: Studienkredit und Ausbildungs-Kredit nach schwedischem Vorbild.

Die Modularisierung bringt schweren volkswirtschaftlichen Schaden über unser Land. Wir setzen uns für mehr Eigenständigkeit im Studium ein, für breiteres Wissen durch mehr Studium generale und eine Abschaffung der generellen Präsenzpflcht in Veranstaltungen mit Abschlussprüfung.

Gerade im Lehramtstudium muss ein breiterer Horizont und kritische Reflexion der gesellschafts-politischen Verhältnisse und der demokratischen Gestaltung unseres Staates ermöglicht werden.

Für das Lehrfach Natur und Gesundheit wird ein neuer Studiengang eingerichtet, in dem von Biologie und Medizin über Ökologie, Wirtschaft und Grundlagen der Psychotherapie breites und vernetztes Wissen sowie eine angemessene Didaktik des autonomen Lernens etabliert wird.

Wir werden auch die dringend nötige Informations-Freiheit an Forschungsergebnissen schaffen, d.h. auch drittmittelfinanzierte Forschungsergebnisse bzw. die Forschungsdokumentation müssen für alle frei zugänglich sein – eine *conditio sine qua non!*

Ausbildung

Wer das generationenbedingte Gesundheits- und Pflegeproblem lösen möchte, muss bei der Bildung anfangen: Wir schaffen unter Bedingung der anschließenden Berufsausübung für 5 Jahre eine kostenfreie, staatliche Ausbildung auch für Ergo- und Physiotherapeuten.

Bereits höher Qualifizierte (Abiturienten, Umschulende), die noch eine Ausbildung machen wollen, können ihre Ausbildung auf 1,5 bis 2 Jahre verkürzen, indem sie die allgemeinen Fächer im Selbststudium erschließen bzw. in einzelnen Fächern die Abschlussprüfung vorziehen und qualifikationsbezogen vom Berufsschul-Unterricht, den sie teils selbst abhalten könnten, befreit werden.

2. Saubere Demokratie

Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in die Demokratie. Politiker reden denselben Unternehmen nach dem Mund, die sie eigentlich kontrollieren sollen.

Wir begrüßen die Beteiligung von gesellschaftlichen Interessengruppen an der politischen Willensbildung. Verdeckter Lobbyismus jedoch, der unsere Parlamente und Behörden korrumpiert, wird von der ÖDP-Hessen strikt abgelehnt. Daher ist die Arbeit von Lobbyisten jederzeit offenzulegen und zu dokumentieren. Die großzügigen Parteispenden von Konzernen entwerten das bürgerliche Engagement und gefährden zudem unsere Demokratie. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Konzernspenden an Parteien und fragwürdige Honorare an Politiker aus Konzern- und Verbandkassen verboten werden. Wir haben uns deswegen schon seit Gründung in unserer Satzung selbst verpflichtet, keine Firmenspenden anzunehmen.

Die hessische ÖDP fordert in einer Sammelpetition:

1. Kabinettsmitglieder sollen in Aufsichtsräten durch fachlich versierte Berufsaufsichtsräte ersetzt werden.
2. Ein verpflichtendes, einsehbares Lobbyregister beim Landtag soll offenlegen, wer am Entstehen eines Gesetzes beteiligt war.
3. Für Mandatsträger müssen dieselben Antikorruptionsregeln gelten wie für Beamte oder Richter – Spenden an Abgeordnete verbieten!

Volksbegehren und Volksentscheide und vor allem aber auch die Direktwahl des Ministerpräsidenten/der -präsidentin durch das Volk machen unsere Demokratie wieder lebendig. Deswegen werden wir **die direkte Demokratie fördern**, ausweiten und die Wege zu ihr erleichtern.

3. Mehr demokratische Mitbestimmung

Direkte Demokratie u.a. mithilfe von Volksbegehren haben es in Hessen besonders schwer. Wir fordern daher eine deutliche Verbesserung und Vereinfachung, damit Bürger ihren Anliegen leichter Gehör verschaffen können.

Volksbegehren bzw. Volksentscheide:

Für die Zulassung eines Volksbegehrens auf Landesebene soll die für den Antrag erforderliche Anzahl von Unterschriften nur noch 20.000 betragen und die Frist zur Sammlung 2 Jahre statt wie bisher 1 Jahr betragen. Die nach erfolgreichem Antrag nötige Eintragung der Bürger zur Unterstützung des Volksbegehrens soll nicht nur auf Gemeinden möglich sein, sondern in freier Sammlung auch in Form von Unterschriftenlisten, auf denen anschließend von der Gemeinde die Wahlberechtigungen bestätigt und gezählt werden. Das erforderliche Quorum der dem Volksbegehren zustimmenden Bürger-Stimmen soll vom derzeit erforderlichen 1/5 auf 10 % gesenkt werden. Da die letzte Entscheidung ohnehin dem Landtag oder einem Volksentscheid (alle Wähler) obliegt, können die beschriebenen vorgeschalteten Hürden u.E. gar nicht niedrig genug sein!

Reform des Landeswahlrechtes

Antrags-Wahlrecht ab 14 Jahren

Wir setzen uns dafür ein, dass das Wahlalter auf 14 Jahre für Kommunal- und Landtagswahlen gesenkt wird. Unsere demographische Entwicklung führt dazu, dass das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten stetig steigt. Dies führt dazu, dass diejenigen, die am längsten die Auswirkungen der politischen Entscheidungen zu tragen haben, nicht an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Das Wahlrecht soll daher auf Antrag des Jugendlichen ab 14 Jahren ermöglicht werden. Politisch interessierte Jugendliche sind sich Ihrer Verantwortung bewusst, die mit einer Wahl verbunden sind. Wer religionsmündig ist, muss auch wählen dürfen! Unsere Jugendlichen werden so rechtzeitig am politischen Prozess beteiligt und sensibilisiert uns das zum Wohle unserer Demokratie.

Sperrklausel bei der Landtagswahl abschaffen

Wir wollen die Sperrklausel für Parteien bei der Landtagswahl in Hessen abschaffen. Solange dies noch nicht umgesetzt ist, dringen wir darauf, eine Alternativstimme einzuführen. Diese käme zum Tragen, wenn die reguläre Listenstimme aufgrund der Prozenzhürde keine Berücksichtigung fände. Man wählt also mit einer dritten Stimme, an welche Partei die Stimme gehen soll, wenn die zuerst gewählte Partei es nicht ins Parlament schafft. Viel zu viele

Stimmen werden nämlich derzeit nicht berücksichtigt. Ein gerechtes Wahlsystem erfordert diese Maßnahmen, damit die Bandbreite des politischen Willens der Bevölkerung im Parlament Berücksichtigung findet!

Unterstützungsunterschriften

Hat eine Partei bei der letzten Landtags-Wahl keinen Sitz erhalten, wird die Zahl der für den nächsten Wahlantritt erforderlichen Unterstützungsunterschriften (derzeit 1000) halbiert, wenn die Partei mehr als 2000 Listen-Stimmen bei der letzten Wahl erhalten hat.

Direktwahl des Ministerpräsidenten

Wir fordern die Direktwahl des Ministerpräsidenten, um sein Amt zu stärken, um der Politikverdrossenheit entgegen zu wirken und damit sich der Ministerpräsident stärker für unser Landeswohl und weniger für Parteiinteressen verpflichtet fühlt und einsetzt.

5. Verlässliches Wahl-Ergebnis

Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass der Wahl-Prozess zukünftiger Wahlen in Hessen transparent und sicher durchgeführt werden. Insbesondere in der vom Land Hessen eingesetzten Wahlsoftware sind nun eklatante Sicherheitsmängel aufgedeckt worden. Die ÖDP setzt sich für den Wähler transparente elektronische Standards ein.

Der Einsatz offener Software (Open Source, GPL) wird präferiert.

4. Handlungsfähiges Land

Handlungsfähige Kommunen

Vielen Kommunen steht das Wasser finanziell bis zum Hals. Sie sollen immer mehr Verantwortung übernehmen, werden aber chronisch unterfinanziert. Die „Hessenkasse“ der Landesregierung soll dabei helfen, Kassenkredite zu tilgen und Investitionen zu finanzieren. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die ÖDP teilt jedoch die Kritik kommunaler Spitzenverbände und fordert eine stärkere Beteiligung des Landes.

Bevölkerungseigentum bewahren, Privatisierung bremsen

Generationen von Bürgern haben mit ihrem (ehrenamtlichen) Einsatz und mit ihren Steuergeldern ein nicht unbeträchtliches Volkseigentum geschaffen. Privatisierung verkauft dieses. Der gängige Slogan „Gewinne privatisieren, Kosten solidarisieren“ zeigt sich leider zutreffend. Wir wollen, dass jegliche Privatisierung im Land unterbunden wird. Unikliniken, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen sollen Volkseigentum bleiben und weder direkt noch indirekt (via Stiftung) privatisiert werden.

Wir wollen, dass öffentliche Einrichtungen öffentlich und für alle

gleichermaßen zugänglich bleiben. Wer privatisiert, kann ausschließen: private Einrichtungen können sich ihr Klientel auswählen, keiner kann gezwungen werden, mit jedem einen Vertrag zu schließen. Wir wollen, dass Demokratie und damit Zugänge für alle Mitglieder der Gesellschaft bewahrt bleiben. Land und Kommunen müssen für eine flächendeckende Versorgung mit auch kleinen Schulen, staatlichen Pflege-Einrichtungen aber auch Kultureinrichtungen wie Schwimmbäder etc. sorgen. Alle diese Einrichtungen müssen nicht immer auf dem neuesten Stand, teuer, chic und erlebnismaximiert sein. Nein, aber sie müssen vorhanden, günstig und ökologisch betrieben, gut erhalten, für alle offen und bezahlbar und v.a. für die Zukunft bewahrt bleiben.

5. Anders wirtschaften!

Arbeit muss bezahlbar bleiben!

Eine wichtige Daueraufgabe der Politik ist auch in Hessen die Entwicklung sinnvoller Arbeitsmöglichkeiten und die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Wir treten dafür ein, Rente, Gesundheit und Pflege stärker durch Steuern zu finanzieren und gleichzeitig aufkommensneutral Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei den Lohnzusatzkosten zu entlasten. Das ist gerechter und ermöglicht das Entstehen neuer Arbeitsplätze. Der Wirtschaftsfaktor „Arbeit“ wurde durch das heutige System zum Lastesel gemacht, während die Faktoren „Kapital“ und „Energie“ massiv bevorzugt werden. Es gilt, diese Vorgaben auf die hessische Landespolitik anzuwenden und eine nachhaltige Reform des Zusammenspiels „Arbeit, Kapital und Energie“ einzuleiten.

Ja zum Gemeinwohl!

Unser Leitbild ist eine ökosoziale Marktwirtschaft, die Werte respektiert und fairem Handel Vorrang vor Gewinnmaximierung einräumt. Die Wirtschaft ist nicht nur kommerziellem Erfolg, sondern auch den Geboten der Nachhaltigkeit und der Gemeinwohlorientierung verpflichtet: Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Verbesserung des Lebensstandards aller Bevölkerungsschichten.

Wir sind gegen einseitige Lobbyarbeit der Wirtschaftsverbände und fordern einen Ethikrat für jede Wirtschaftsbranche. Ebenso fordern wir eine Ausdünnung der Mitgliedspflicht in Wirtschaftskammern bei gleichzeitiger Verschärfung der Pflichten dieser Kammern zur Umsetzung einer ökosozialen Marktwirtschaft. Die Gesetzeslage in Hessen und auf Bundesebene ist entsprechend zu überarbeiten.

Anerkennung für Ausbildungsbetriebe!

Spürbare Anerkennung für Ausbildungsbetriebe: Die Sozialbeiträge für Lehrlinge werden aus der Steuerkasse bezahlt. Ausbildungsbetriebe leisten Wertvolles für die Allgemeinheit. Deshalb wollen wir, dass die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die Ausbildungsvergütung entfallen und solidarisch aus der Steuerkasse bezahlt werden. Für Ausbildungsverhältnisse dürfen keine Kammergebühren erhoben werden

Verbleib des Trinkwassers in öffentlicher Hand!

Die kommunale Versorgung, z.B. Trinkwasserversorgung, darf nicht privatisiert werden! Unsere Kommunen haben über Jahrzehnte die Versorgung sichergestellt. Die erwirtschafteten Gewinne werden für die Finanzierung der Kommunen benötigt. Wir treten dafür ein, Bereiche der kommunalen Grundversorgung und Entsorgung in öffentlich-rechtlicher Verantwortung zu belassen und zu stärken.

Starke regionale Wirtschaftskreisläufe!

Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken – Klima und Arbeitsplätze schützen! Die ÖDP steht dafür, umweltschonende und Landschaft erhaltende Bewirtschaftungsweisen stärker zu honorieren und damit die Motivation der Bürger, in ihrem Lebensumfeld selbst aktiv zu werden, zu fördern. Dabei hilft die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Arbeitsplätze zu bewahren und durch kurze Wege das Klima zu schützen. Regionale Vermarktungsstrukturen und Regionalmarketing sind durch Landesmittel sowie durch Know-How-Transfer zu stärken.

Gleichwertige Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in Hessen!

Wir fordern die Schaffung gleichwertiger Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in allen Landesteilen Hessens. Innerhalb Hessens herrschen und entstehen völlig unterschiedliche Wirtschafts- und Lebensbedingungen. Nicht jeder kann im Rhein-Main-Gebiet arbeiten und dort leben. Wir haben sicherzustellen, dass auch außerhalb der Ballungsräume Arbeit zugänglich ist, die ein auskömmliches Leben ermöglicht. Es gilt, den Wanderungsdruck abzuwenden und somit den Ballungsraum Rhein-Main zu entlasten. Einseitige öffentliche Investitionen in die Infrastruktur der „Boom-Regionen“ lehnen wir ab, damit gleiche Lebensbedingungen überall in Hessen herrschen.

6. Energie

Eine moderne Gesellschaft braucht viel Energie. Ein großer Teil dieser Energie wurde und wird bisher aus fossilen Brennstoffen wie Kohle oder Erdöl oder durch Atomkraftwerke erzeugt.

Diese Formen der Energiegewinnung lehnen wir ganz klar ab.

Die Folgen durch den Anstieg des Meeresspiegels oder die Verwüstung ganzer Regionen, ob durch Dürre, Krieg um Rohstoffe oder Wasser, werden wir alle merken. Hunderte Millionen Menschen werden ihre Heimat verlassen müssen, weil die Gegenden unbewohnbar werden.

Wir alle müssen uns verstärkt für den Klimaschutz engagieren und durch umsichtigen Ausbau regenerativer Energien überzeugen.

Hessen braucht die Umsetzung eines ganzheitlichen Energiekonzeptes!

Die von der Landesregierung auf dem hessischen Energiegipfel vom November 2011 formulierten Ziele wurden kaum umgesetzt. Die ÖDP will diese Ziele umsetzen und weiterentwickeln:

- Deckung des Endenergieverbrauchs in Hessen von Strom und Wärme möglichst zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 (Zwischenziel: Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2019 auf 25 Prozent und bis 2050 auf 100 Prozent)
- Zwei Prozent der Landesfläche für Windenergieanlagen
- Steigerung der Energieeffizienz und Realisierung deutlicher Energieeinsparungen sowie Anhebung der jährlichen energetischen Sanierungsquote im Gebäudebestand auf mindestens 2,5 bis drei Prozent
- Ausbau der Energieinfrastruktur zur Sicherstellung der jederzeitigen Verfügbarkeit – so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig
- Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz der energiepolitisch notwendigen Schritte in der Zukunft

Zukunftsfähige Technologien etablieren

Durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien wird evtl. ein Umbau und eine Anpassung des Leitungsnetzes nötig; ebenso müssen die entsprechenden Speicherkapazitäten für Energie hergestellt werden, um eine zuverlässige Versorgung mit Energie jederzeit zu gewährleisten.

Im Bereich Mobilität müssen die Alternativen zum Verbrennungsmotor weiter erforscht, entwickelt und gefördert werden – Technologien der Zukunft fördern und der Auto-Lobby klare Grenzen setzen!

Hessen kann und muss aber auch ganz zeitnah vorangehen: Ein guter Anfang wäre der Ausbau des Netzes der E-Tankstellen, hier sollte die Landesregierung mit den regionalen bzw. kommunalen Energie-Versorgern zusammenarbeiten und bei der Suche nach geeigneten Standorten für den Aufbau neuer E-Tankstellen die Interessenten unterstützen.

Unser Ziel: pro 1.000 Einwohner muss so schnell wie möglich mindestens eine E-Tankstelle zur Verfügung stehen. Außerdem gehören E-Tankstellen nicht in die Hand großer Konzerne; eine schädliche Oligopolbildung wie im herkömmlichen Tankstellen-Markt muss unbedingt vermieden werden! Ebenso muss die ergänzende Infrastruktur für die Elektromobilität wie z.B. Internetseiten oder Smartphone-Apps zur Suche nach E-Tankstellen erweitert und aktuell gehalten werden. Hierfür sind Fördergelder durch das Land zur Verfügung zu stellen.

Ergänzend sollten in allen hessischen Städten über 50.000 Einwohnern die Innenstädte durch die Anlage von P+R-Plätzen („Parken und Reisen“ oder „park and ride“) mit unmittelbarer Anbindung an den ÖPNV (öffentlichen Personennahverkehr) vom Individualverkehr mit Verbrennungsmotor entlastet werden; natürlich soll der ÖPNV zukünftig auf Elektromobilität zurückgreifen. So lassen sich auch Emissionen wie Lärm und Feinstaub wirksam vermindern. Abgerundet wird diese städtische Mobilität durch das Angebot von mietbaren Elektroautos und Miet-Fahrrädern.

Breitere Information über Förderungsmöglichkeiten

Auch im Bereich des Wohn- und Städtebaus gibt es viele Verbesserungsmöglichkeiten: die Förderungsmöglichkeiten zur energetischen Sanierung von Gebäuden durch KfW- und andere Programme müssen durch Medienkampagnen bekannter gemacht werden. Eine Beratung der Gebäudeeigentümer zu Energieeffizienz, den Einsatzmöglichkeiten von Photovoltaik und Solarthermie sowie Geothermie muss kostenfrei ermöglicht werden. Sollten die bereits bestehenden Programme zur energetischen Sanierung des Gebäudebestands von Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen nicht ausreichen, muss Hessen zusätzlich ergänzende Förderung anbieten. Das Land Hessen als Eigentümer vieler Immobilien hat auch hier eine Vorbildfunktion: Gebäude, die das Land besitzt und dauerhaft nutzt, müssen nach ihrem Energieeffizienzstatus bewertet werden. Nach dieser Analyse soll für jedes Objekt ein Plan erstellt werden, welche Verbesserungsmaßnahmen (Wärmedämmung, Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen usw.) sinnvoll sind. Die zügige Umsetzung dieser Förderpläne sichert nicht nur qualifizierte Arbeitsplätze sondern zeigt den Bürgern auch konkret: Hessen meint es ernst mit dem energetisch-ökologischen Wandel. Weiterhin muss das Baurecht überprüft und evtl. geändert werden, wo es einer schnelleren und unkomplizierten Errichtung von Anlagen zu dezentralen Energie- und Wärmegewinnung im Weg steht. Abgerundet wird das Maßnahmenpaket mit ggf. zusätzlichen finanziellen Fördermaßnahmen des Landes für Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen; wer sich besonders stark für energetische Sanierung und Energieeffizienz einsetzt, soll z.B. im Rahmen eines landesweiten Wettbewerbs ausgezeichnet und mit Preisgeldern unterstützt werden.

Einsparpotential ausnutzen!

Auch im Bereich Strom, Energiespeicherung und -leitung gibt es noch viel Verbesserungspotential, angefangen bei sparsameren Haushaltsgeräten, besseren Handy-Akkus, verlustärmeren Stromleitungen und vielem mehr. Gerade durch eine konsequente Förderung der Forschung rund um Energie und Energieeffizienz an den Hessischen Hochschulen kann hier viel bewegt werden. Ein ganzheitliches Energiekonzept – dafür steht die ÖDP!“

7. Tierschutz

Respekt für unsere Tiere

Wie eine Gesellschaft mit ihren Tieren umgeht, sagt viel über ihr ethisches Grundgerüst aus. Wer einmal die Massentierhaltung und das Massenschlachten in seiner industriellen Form gesehen hat und wer zudem noch die grausamen und erschreckenden Realitäten in diesen Tierversuchsforschungsanstalten kennt, der kann und darf sich damit nicht mehr abfinden. Daher treten wir für eine stetige Verbesserung des Tierschutzes ein. Unsere Tiere haben Rechte und brauchen eine Lobby.

In der Massentierhaltung leben und sterben allein in Deutschland etwa 754 Mio. Tiere pro Jahr. Die meisten Tiere werden gewaltsam den Haltungsformen angepasst: Hörner, Ringelschwänze, Schnäbel und zum Teil auch Zähne werden ohne Betäubung gekürzt oder abgetrennt. Wesentliche Grundbedürfnisse der Tiere werden schlichtweg ignoriert und zudem Ihre Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt. Damit die Tiere trotz unpassender Haltung leistungsfähig bleiben, ist eine häufig routinemäßige Abgabe von Antibiotika unvermeidlich geworden, was auch Gefahren für unsere Gesundheit mit sich bringt. Und daher setzen wir uns für eine Umkehr im Fleischkonsum und für eine Abkehr von der Massentierhaltung ein, um diese Qualzuchten zu beenden. Weiteres zur Massentierhaltung und zum Fleischkonsum erfahren sie in diesem Landesprogramm im Kapitel 8 Landwirtschaft und auch im Kapitel 1 Bildung.

Leidensarmes Schlachten

Der Weg zur Schlachtbank ist ein weiterer Schritt des Grauens über lange Transportwege bis hin zum Schlachthof. Die Tierschlachtungen dürfen nur noch leidensarm erfolgen. Hier setzen wir uns für entsprechende Konkretisierungen der Tiervorschriften ein. Außerdem fordern wir mehr und vor allem wirksame Kontrollen, ob diese Vorschriften auch eingehalten werden.

Nachhaltige Kontrollen zur Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften

Fakt ist leider, dass diese Kontrollen oftmals aus diversen Gründen nicht oder nicht im ausreichendem Maße durchgeführt werden. Damit die Tierschutzvorschriften nicht weiter ins leere laufen, sind intensivere Kontrollen erforderlich. Dazu sollen mehr sachkundigen Personen in den Veterinärämter eingestellt werden, um diese wirklich wirksam durchführen zu können.

Tierversuchsfreie Forschung

Die grausamen und in Ihrem Ergebnis wenig erfolgreichen Tierversuche sind zu verbieten. Nur noch dann, wenn nachgewiesener Maßen ausschließlich ein erfolgreiches Forschungsergebnis zur Gesunderhaltung unseres Lebens durch einen Tierversuch erzielt werden kann, dürfen diese noch erlaubt werden. Und zudem müssen sie dann schonend und leidensarm erfolgen. Dieser Weg gebietet uns der Respekt für unsere Tiere. Ziel muss eine tierversuchsfreie Forschung sein. Wir werden die tierversuchsfreie Forschung daher in einem erheblich größeren Umfang fördern.

Verbot der Wildtierhaltung in Zirkussen

Besonders für Wildtiere ist die Haltung in Zirkussen eine Qual. Sie werden dort auf engstem Raum gehalten um vor großen Menschenmassen Kunststücke zu zeigen. Das entspricht in keinem Fall ihren Lebensbedürfnissen. Wir fordern daher die Abschaffung der Wildtierhaltung in Zirkussen.

Ausreichend große Gehege in Zoos

Die Gehege sind meist zu klein, um den Bewegungsbedürfnissen vieler dort gehaltener Tiere gerecht zu werden. Wo dies nicht gewährleistet ist, sollen die Haltungsgenehmigungen nicht verlängert werden. Tiere sollen nur noch in ausreichend großen Reservaten gehalten werden dürfen und zudem auch nur noch dann, wenn ihnen der benötigte artgerechten Lebensraum und auch die entsprechende Biodiversität geboten wird.

Abschaffung jedweder Tiersteuer

Die Hundesteuer ist ungerecht und verfehlt Ihre Ziele. Auch gegen die Einführung einer generellen Pferdesteuer werden wir uns einsetzen. Wir werden uns zudem für einen kostenpflichtigen Hundeführerschein einsetzen. Wer diesen bei der zuständigen Gemeinde vorlegt, ist von der Steuerpflicht zu befreien. Nur durch diesen wird sichergestellt, dass ein Mindestmaß an Wissen über die richtige Ernährung, richtiges Verhalten dem Tier gegenüber und ein ausreichendes Verständnis für die Bedürfnisse beim künftigen Halter vorhanden sind. Für adoptierte Fundtiere oder Tiere, die aus dem Tierheim kommen, soll dieser Nachweis kostenfrei erteilt werden.

Mehr Geld für Tierheime

Die Finanzierung der laufenden Kosten von Tierheimen ist ohne staatliche Hilfe unmöglich. Es kämpfen derzeit schon viele Tierheime um ihr Überleben. Deswegen setzen wir uns ein für eine ausreichende staatliche finanzielle Unterstützung durch das Land von Tierheimen und anderen Einrichtungen, die einen ähnlichen Zweck dienen ein (Zum Beispiel Wildtieraufangstationen)

8. Landwirtschaft

Ökologische Land- und Forstwirtschaft – Grundlagen unseres Lebens bewahren

Unsere Nahrung, das ist die Grundlage menschlichen Lebens. Unsere Gesellschaft ist dabei, diese Grundlage zu zerstören und damit sich selbst. Das klingt dramatisch und das ist es auch.

Die Nahrungsmittel, die wir essen entstehen nicht im luftleeren Raum; sie werden angebaut, wachsen, werden geerntet, verarbeitet, verkauft.

Internationale Konzerne drängen mit Macht darauf, eine lückenlose Kontrolle über diese Wertschöpfungskette zu erringen. Der Streit um die weitere Zulassung von Glyphosat ist nur die Spitze des Eisberges. Selbst wenn Glyphosat und Co. nicht krebserregend wären, die Auswirkungen der fatalen Kombination von ertragmaximierten aber anfälligen Pflanzen und massivem Einsatz von Pestiziden und Herbiziden auf unsere Zukunft sind katastrophal! Die rapide Abnahme der Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren bedroht die Stabilität unseres Ökosystems und damit uns selbst.

Die ÖDP sagt auch hier: „Mensch vor Profit!“. Statt zuzusehen, wie sich einige Konzerne die Taschen füllen, kämpfen wir für ein massives Umsteuern zugunsten von Mensch und Umwelt.

Konkrete in Hessen umzusetzende Maßnahmen sind:

Den Äpfel in die Landesverfassung!

Der Apfelwein als typisch hessische Spezialität und Bestandteil unserer Kultur bedarf (wie in anderen Ländern z.B. das Bier) des besonderen Schutzes. Der ökologische Anbau von Kulturobst auf Streuobstwiesen sowie die traditionelle Verarbeitung ist als Landesziel in die Landesverfassung aufzunehmen, zu schützen und finanziell zu fördern.

Ökologie / Naturschutz / Tierschutz in den Lehrplan!

Die Hessische Landesregierung muss Sorge dafür tragen, dass schon in Schulen und Kindergärten das Bewusstsein geweckt wird: Natur und Umwelt dürfen und sollen genutzt, aber nicht ausgebeutet und zerstört werden. Der Hessische

Bildungs- und Erziehungsplan enthält bereits kleine Ansätze hierzu; diese müssen weiterentwickelt und von allen Bildungseinrichtungen ihren Möglichkeiten entsprechend gelebt werden. Im Sach-Unterricht bzw. später im Fach Biologie müssen Ökologie / Naturschutz / Tierschutz ausführlich behandelt werden. Das Land muss auch an dieser Stelle mehr Geld in die Ausbildung der Lehrer investieren und mehr Lehrkräfte einstellen.

Schutz unserer Böden und Gewässer!

Der Schutz unserer Gewässer und Böden vor Überdüngung und Belastung mit Pestiziden und Herbiziden bildet die Grundlage einer vernünftigen Agrarpolitik. Eine flächendeckende Überwachung der Boden- und Gewässerqualität ist zwingend erforderlich, um den Menschen in Hessen saubere Gewässer und Böden zu garantieren. Die Landesregierung muss auf neu erkannte Gefahren wie z.B. Mikroplastik in Gewässern rasch reagieren; ggf. Kläranlagen verbessern und ertüchtigen.

Gentechnikfreie und ökologische Landwirtschaft - Gentechnikfreiheit in die Verfassung!

Wir brauchen in Hessen (natürlich auch bundesweit und für ganz Europa!) eine ökologische Agrarkultur. Das schließt einen Einsatz „grüner“ Gentechnik in der Landwirtschaft aus; wir fordern die Aufnahme der Gentechnikfreiheit der Landwirtschaft in die Landesverfassung.

Stattdessen sollen bereits bestehende Initiativen zur ökologischen Saatgut-Züchtung gefördert bzw. mit Landesmitteln aufgebaut werden. Das Ziel ist: allen Landwirten samenfeste Pflanzensorten zur Verfügung zu stellen, die sie aus der Abhängigkeit von Saatgut-Konzernen befreien. Das in Hessen verwendete Saatgut muss gentechnikfrei sein und bleiben! Das Land muss sich allen Versuchen, daran etwas zu ändern – von welcher Seite auch immer – entgegenstellen und eine „Nulltoleranz“ bei gentechnisch verändertem Saatgut verteidigen.

Bereits bestehende Initiativen zur Bildung und Ausbildung in biologischem Landbau und ökologischer Pflanzenzucht müssen ausgebaut und unterstützt werden.

Regionale Lebensmittelversorgung und Existenzsicherung für Hessens Bauern!

Hessenweit existieren noch etwa 16.300 landwirtschaftliche Betriebe (Stand 12/2017), das sind 1.500 Betriebe weniger als noch vor sieben Jahren. Die ÖDP will das Hof-Sterben, den Abschied vom bäuerlichen Familienbetrieb und die daraus folgende Transformation der übrigen Betriebe in riesige Agrar-Fabriken stoppen.

Ein Existenzsicherungsvertrag für alle Bauern in Hessen muss den Landwirten Sicherheit geben und die Pflege der Kulturlandschaft honorieren.

Die durch das Land Hessen verteilten Subventionen müssen an konkrete ökologische und soziale Ziele gebunden werden; gefördert wird hier nur, wer mitarbeitet für Mensch, Tier und Natur!

Wir fordern eine Markt- und Subventionspolitik, die vorrangig die Arbeit und nicht die Fläche bevorzugt. Dadurch wird die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft aufgewertet und der Bedrohung ihrer Existenz begegnet. Außerdem sind Agrarumwelt-, Klima-, Kultur- und Naturschutzmaßnahmen der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe zu werten und zu fördern. Die umfassende Unterstützung des Landes bei der Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte durch gerechte Preise (z.B. Milchpreis!) sichert die landwirtschaftlichen Betriebe aus Hessen und damit eine regionale Lebensmittelversorgung; der Einfluss der Abnehmerkonzerne/Handelsketten muss überwacht und bei Missbrauch zurückgedrängt werden.

Umfassender Tierschutz in der Landwirtschaft!

Die Tiere, deren Milch, Eier oder Fleisch unserer Ernährung dienen, brauchen unsere Fürsorge und unseren Schutz. Alternative Landwirtschaftsmethoden, die ohne Tierhaltung auskommen, und pflanzliche Nahrungsmittel sind zu fördern. In der landwirtschaftlichen Tierhaltung sind strenge ethische Grundsätze anzulegen; Maßnahmen, die deutlich erkennbar nicht dem Tierwohl dienen, werden unterbunden; genannt seien hier nur beispielsweise: das Absägen der Hörner bei Kühen, Schafen und Ziegen sowie das Kupieren der Schwänze bei Schafen.

Konsequent tritt die ÖDP für eine ökologisch durchdachte Tiernutzung ein. Fütterung der Tiere nur mit Futter in Bio-Qualität, während der Aufzucht/Haltung muss eine möglichst artgerechte Umgebung/ bzw. Auslauf garantiert werden. Massentierhaltung lehnen wir ab! Die Erzeugung von Billigfleisch durch Tierleid ist nicht akzeptabel. Das bedeutet natürlich auch ein Verbot von Tiertransporten quer durch die Republik oder ins Ausland, um diese möglichst billig schlachten zu lassen. Auch in diesem Bereich muss eine Landesregierung ihr ganzes Instrumentarium an Gesetzen und Kontrollen nutzen, um eine möglichst würdige Tierhaltung zu gewährleisten.

Nachhaltige und ökologische Forstwirtschaft!

Der Wald wird nicht nur als Fläche zur Erzeugung von möglichst viel Holz zum Verbrauch und Verkauf betrachtet; anfällige Monokulturen an schnell wachsenden Nadelhölzern müssen mittel- und langfristig wieder in ein gesundes Öko-System überführt werden. Die meisten westdeutschen Bundesländer bekennen sich heute schon zu einer solchen Wald-Wirtschaft – „Dauerwald“ genannt. Ein solcher „Dauerwald“ ist viel weniger anfällig als die bisher praktizierten „Altersklassenwälder“; Insekten- und Windbruchkalamitäten wirken sich viel weniger stark aus; auch auf den Klimawandel kann ein intaktes

Wald-System viel besser reagieren. Aber auch hier ist noch ein weiter Weg zurückzulegen; durch die Lippenbekenntnisse der bisher verantwortlichen Politiker ändert sich nichts. Die ÖDP tritt für eine Förderung der nachhaltigen Forstwirtschaft ein; in Hessen muss ein Aktionsplan für die rasche Überführung aller bewirtschafteten Waldgebiete in eine Nutzung gemäß der Dauerwald-Wirtschaft erstellt und umgesetzt werden. Der Schutz und weitere Ausbau des Nationalparks Kellerwald-Edersee als Teil des UNESCO Welterbes „Buchenurwälder und Alte Buchenwälder der Karpaten und anderer Regionen Europas“ ist uns ebenfalls eine Herzensangelegenheit.

Der Wald dient den Menschen auch zur Erholung, zum Wandern, Joggen, Mountain-Biken und anderem; auch diese Nutzung des Waldes muss verträglich und vertretbar sein.

Im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel kann der Wert eines gesunden Waldes auch nicht überschätzt werden; die Speicherung des CO₂ durch einen möglichst großen Baumbestand ist von großer Bedeutung für das Klima.

Ähnlich wie in der Landwirtschaft muss auch hier in der Gesellschaft das Bewusstsein geweckt und gefördert werden: Ohne ein anderes Denken und Handeln stirbt der Wald und dann der Mensch.

Schutz der Insekten, besonders der Bienen

Die Bedeutung der Insekten für die Bestäubung und damit die Fortpflanzung und den Ertrag unserer Nutzpflanzen ist riesig. Schon heute führt das Insektensterben zu deutlichen Problemen im Obstbau; ein landesweites Programm zum Schutz der Insekten muss aufgelegt werden; darin müssen Maßnahmen zur Förderung der Imkerei eingebunden werden.

„Mensch, Tier und Umwelt vor Profit!“ Nur eine Partei steht für diesen konsequent-ganzheitlichen Ansatz: die ÖDP.“

9. Ländlicher Raum

Dem ländlichen Raum, den Vereinen und dem Brauchtum eine sichere Zukunft geben:

Die ÖDP sagt ja zum ländlichen Raum, denn Hessen Bevölkerung lebt zu mehr als 50 % in der Fläche. Viele Regionen sind durch den ländlichen Charakter geprägt und diesen gilt es zu erhalten. Helfen Sie mit!

Die ÖDP sagt ja zu Freiwilligen Feuerwehren, Dorfgemeinschaftshäusern und Kindergärten vor Ort:

Die ÖDP möchte Hessens Dörfer zukunftssicher machen. Das bedeutet, dass lokale Strukturen vor Ort erhalten und gestärkt werden. Jedem Dorf seinen Treffpunkt, sein Dorfgemeinschaftshaus und wenn möglich: Die Feuerwehr, DGH und der Kindergarten unter einem Dach. Ohne diese Grundbausteine des dörflichen Lebens geht es nicht. Die ÖDP wird dafür sorgen, dass die Kommunen finanziell in die Lage versetzt werden, kommunale Einrichtungen unter anderem energietechnisch zu sanieren bzw. zusammenzuführen und somit die Kostenstruktur für Unterhalt erheblich zu reduzieren und ein Betrieb auch in schlechten Haushaltszeiten zu ermöglichen.

Kurze Beine – Kurze Wege

Stellen Sie sich vor, Ihr 11-jähriges Kind müsste um 6:30 Uhr an der Bushaltestelle stehen, um pünktlich um 7:45 Uhr an der nächsten Schule einzutreffen? Leider ist dieser Zustand heute Realität. Wir sind es unseren Kindern schuldig, ihnen einen optimalen Start in ihr Leben zu ermöglichen. Wir wollen es den Landkreisen ermöglichen, Kindergärten und Grundschulen in der Fläche zu erhalten. Hierzu sind lokale Bildungsstrukturen zu unterhalten. Die individuelle Förderung eines jeden einzelnen Kindes und somit eine nachhaltige Qualifikation macht unsere Kinder fit für die Zukunft. Lokale Strukturen ermöglichen eine leichtere Integration, egal ob von ausländischen oder von behinderten Kindern. Gemeinsam stark – von Anfang an!

Revitalisierung der Dorfkerne

Die ÖDP setzt sich für die Revitalisierung von Ortskernen durch Förderung der Wiederverwendung vorhandener leerstehender Immobilien ein. Förderung erhalten Kommunen, die ein Leerstandsmanagement betreiben und dadurch den Verbrauch von Grünland für Bauzwecke verhindern.

High-Speed-Internet

Die ÖDP sagt ja zu einem flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes. Zukunftssicherung bedeutet auch, Zugriff auf Informationen zu haben. Zukunftssicherung bedeutet daher, Zugriff auf einen schnellen Internetzugang zu haben. Viele Dörfer und die Mehrheit der vielen KMUs (Klein- und Mittelständigen Unternehmen) verfügen bis heute noch nicht über einen High-Speed-Zugang. Das muss sich schnell ändern.

Medizinische Versorgung des ländlichen Raums

Ein flächendeckendes Landarztssystem stellt sicher, dass medizinische Betreuung so nah wie möglich vor Ort realisiert wird. Bausteine wie z.B. eine telefonische Erstberatung sowie anschließende Fallentscheidung ermöglichen es den Ärzten,

schnell und sicher zu agieren. Konzepte wie das Landarztssystem des Lahn-Dill-Kreises sollten Standard in Hessen werden.

Brauchtum erhalten – Zukunft gestalten

Gustav Mahler hat es auf den Punkt gebracht: „Tradition ist nicht die Anbetung der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers“. Wer seine Heimat und seine Wurzeln kennt, versteht, was es bedeutet, seine Heimat zu verlieren. Hessen ist das Land der Regionen und der Dialekte. Brauchtumspflege und ein vielfältiges Vereinsleben sorgen für ein starkes Miteinander und für gegenseitiges Verständnis in kulturellen und religiösen Fragen. Kultur und Brauchtum sorgen für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft. Die ÖDP setzt sich daher dafür ein, dass der regionale Charakter von Kultur, Brauchtum und Vereinsleben gefördert wird.

Arbeit, Familie, Freizeit - Mobilität ermöglicht Gestaltungsfreiräume

Wer im ländlichen Raum Arbeit, Familie und Freizeit unter einen Hut bringen und aktiv gestalten will, braucht Sicherheit in der Mobilität. ÖPNV hat daher nicht nur in der Theorie stattzufinden. Bürgerbus und Sammeltaxi stellen hier eine Verbesserung

10. Sozialer Wohnungsbau

... in Hessen fast ausgestorben

In den letzten 25 Jahren ist die Zahl der zweckgebundenen Wohnungen (Sozialwohnungen) um mehr als 80 % zurückgegangen. In Hessen herrscht akute Wohnungsnot. Die Mieten sind sowohl im Ballungsraum als auch in den kleineren Städten und Gemeinden erheblich gestiegen. Allein in 2018 werden die Mieten durchschnittlich um 5% steigen. Selbst Wohnungssuchende mit mittleren Einkommen haben es zunehmend schwer, Wohnraum zu akzeptablen Bedingungen zu finden. Ein Verdrängungswettbewerb macht sich breit, bei denen die Sozialschwachen zunehmend ohne Wohnung bleiben.

Das Recht auf Wohnung ist ein Grundbedürfnis - Stopp der hemmungslosen Spekulation

Steigenden Mieten führen dazu, dass Mieter immer mehr von ihrem Einkommen für Miete ausgeben müssen, sodass viele Familien und ältere Personen schon heute unter das Sozialrecht fallen und Anrecht auf Zuschüsse haben. Seit Jahren steigen die Aufwendungen der Sozialämter, zu Lasten der Kommunen, zum Wohle der Wohnungseigentümer. Dieses Geld fehlt den Kommunen und Kreisen bei der Realisierung sozialer Wohnungsbauvorhaben.

Das bedeutet nichts anderes, dass durch diese Fehlentwicklung die Lasten von der Allgemeinheit getragen werden, die Gewinne bei den Besitzern verbleiben. Deshalb sagt die ÖDP ja zu „Sozialabgaben“ zu Lasten spekulativer Wohnraumbesitzer.

Wohnungsbaugenossenschaften stärken!

Das Land Hessen, seine Landkreise, Kreisfreien Städte als auch die Kommunen müssen stärker in die Pflicht genommen werden, sowohl durch aktives Bestandsmanagement als auch intelligenter Bauleitplanung dafür Sorge zu tragen, dass der Spekulation durch zielgruppenfremde Sanierung Einhalt geboten und bedarfsorientiert Wohnraum errichtet werden kann. Bei Neubauvorhaben wird den Wohnungsbaugenossenschaften das Privileg des Erstbebaurechts eingeräumt. Es stellt sicher, dass allgemeine Bedürfnisse Vorrecht vor dem individuellen Anliegen bekommt. Bei Neubauprojekten mit mehr als 5 Wohneinheiten sind mindestens 20 % der Wohnungen als Sozialwohnungen zu realisieren.

Entrümpeln der Baugesetzgebung

Viele der heute gültigen Vorschriften stammen aus den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die dort aufgeführten Vorschriften stimmen in vielen Fällen mit der Realität nicht mehr überein. Dieser Regulationswahn verhindert, dass Wohnraum preiswert errichtet werden kann. Durch Modernisierung der Vorschriften und Vorgaben könnten Sozialwohnungen um ca. 30 % günstiger errichtet werden. Zwei Beispiele: Verpflichtender Einbau von Brauchwasserleitungssystemen, obwohl Brauchwasser regional nicht angeboten wird sowie landesweit einheitliche Wärmedämmungsstandards, die in wärmeren Landesteilen wie im Rhein-Main-Gebiet keinen Sinn machen. Deshalb sagt die ÖDP Hessen ja zu einer Reform der Baugesetzgebung.

Revitalisierung alter Industriebrachen – Schutz der Grüngürtel unserer Städte

Bauland ist begrenzt verfügbar. Wir können nicht jeden Grünstreifen in den Randgebieten unserer Städte und Gemeinden zu Bauland opfern. Wir vertreten die Auffassung, dass es ökonomisch und ökologisch wesentlich verträglicher ist, Industriebrachen abzureißen, umwelttechnisch zu sanieren und in Bauland umzugestalten. Häufig sind diese Brachen großräumig angelegt, haben beste Verkehrsinfrastruktur und warten darauf, neu beseelt zu werden.

Unsere Universitätsstädte – Muster für den zukünftigen Städtebau

Viele Senioren und Studierende haben ein kompatibles Wohnraumanforderungsprofil: Klein, barrierefrei, oder für Wohngemeinschaften tauglich, gute ÖPNV-Anbindung, niedriger und bezahlbarer Preis. Warum gestalten wir neu zu bauende Studentenwohnheime

nicht so, dass sie nicht auch von Senioren genutzt werden könnten? Eine Win – Win – Situation ...Hierzu sind ausreichend und zeitnah Landesmittel zur Verfügung zu stellen.

Bedarfsorientierter Bestandsumbau und Gemeinschaftswohnen

Die in Hessen vorhandenen Wohnungsbestände für Familien mit 5 oder mehr Personen werden nur mancherorts benötigt. Bedarfsgerechte Angebote sind vielerorts Mangelware. Gemeinschaftswohnen würde in solchen Wohnungen und Häusern eine kostengünstige Symbiose ermöglichen, die sich längst nicht mehr auf Studenten und Senioren beschränkt. Verglichen mit Einzelwohnen vereint sich hier mehr sozialer Kontakt mit weniger Bedarf an Energie und Haushaltsgeräten.

Die ÖDP setzt sich daher für die Förderung des Umbaus vorhandener Wohnraumbestände ein. Ziel muss sein, den Wohnraum effektiver und effizienter zu nutzen und Fehlbelegungen zu vermeiden.

11. Familienfreundliche Politik

Gleichstellung von Betreuung in der Familie und Fremdbetreuung

Eltern müssen wirkliche Wahlfreiheit für die Kinderbetreuung bekommen! Egal, ob sie ihr Kind zuhause erziehen oder es in gute Fremdbetreuung geben möchten. Beide Formen müssen gleichwertig wertgeschätzt werden und anerkannt sein.

Im Trennungsfall sollten Vater und Mutter das gleiche Sorge- und Umgangsrecht genießen können, wenn es dem Kindeswohl dient und das Kind vorwiegend an einem Wohnort aufwachsen kann. Wir sind für eine Stärkung des eigenverantwortlichen Handelns der Familien und gegen eine staatliche, entmündigende Vereinnahmung.

Einführung eines Erziehungs- und Pflegegehalts

Die ÖDP tritt für ein monatliches Erziehungsgehalt (EZG) in Höhe des Mindestlohns für die ersten drei Lebensjahre eines Kindes in Höhe der bisherigen staatlichen Subventionierung eines Krippenplatzes ein, um Gleichberechtigung unter den Eltern zu erreichen. Dies ist als erster Schritt zu verstehen, um der Leistung gerecht zu werden, die Eltern heute für die Gesamtgesellschaft erbringen. Das Erziehungsgehalt ist Entgelt für Kindererziehung und keine Lohnersatzleistung. Die Inanspruchnahme eines Krippenplatzes ist von den Eltern aus dem EZG zu bezahlen.

Wir fordern eine echte Wahl- und Entscheidungsfreiheit für Eltern, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder das Geld zur Finanzierung einer Fremdbetreuung

ihrer Wahl verwenden wollen. Erst wenn die Eltern über das für die Kindererziehung vorgesehene Geld selbst verfügen können, entsteht die tatsächliche Wahlfreiheit, ihre Kinder nach eigenen Vorstellungen zu erziehen, wie es das Grundgesetz fordert. Die Qualität der elterlichen Kindererziehung wird dann erhöht, weil Geld- und Zeitmangel entfallen oder gemindert werden. Auch die Qualität von Kinderkrippen wird sich erhöhen, wenn Eltern selbst als Auftraggeber darauf Einfluss nehmen können.

Das Erziehungsgehalt wird wie bei anderen Erwerbseinkommen auch versteuert. Familien mit geringem sonstigen Einkommen werden dadurch stärker entlastet. Im Gegenzug fallen das Elterngeld, die staatliche Krippenfinanzierung sowie die Hartz IV-Leistungen weg, sofern diese durch die Betreuung von Kleinkindern bedingt sind. Ein Beitrag für die Kranken- und Pflegeversicherung muss entrichtet werden, dafür sind Beiträge zur Rentenversicherung nicht erforderlich, weil Kindererziehung selbst Beitrag ist und den Rentenanspruch erhöht. Ferner gibt es Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, sodass nach der Erziehungsphase bei Arbeitslosigkeit keine Benachteiligung entsteht. Durch die Einführung einer ausreichenden Grundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen, können die bisherigen Leistungen wie Kindergeld, Kinderfreibeträge und ALG II-Leistungen für Kinder entfallen. Das Erziehungsgehalt entfällt oder wird gemindert, wenn der Staat im Rahmen seiner „Wächterfunktion“ nach Art. 6, Absatz 2, Satz 2 Grundgesetz wegen der Gefährdung des Kindeswohls die Betreuung und Erziehung eines Kindes ganz oder teilweise übernehmen oder organisieren muss.

Ebenso wird ein Pflegegehalt für Angehörige von Pflegebedürftigen eingeführt, mindestens in folgender Höhe: 320 Euro bei Pflegegrad 1, linear ansteigend auf den Mindestlohn bei Pflegegrad 5.

Öffentliche Förderung von Krippen und Kindergärten

Die Betreuungsangebote in hessischen Gemeinden müssen im von den Eltern gewünschten Umfang ausgebaut und verbessert werden. Damit die ErzieherInnen gute Betreuung leisten können, müssen sie mehr verdienen und besser ausgebildet werden. Zudem muss der Betreuungsschlüssel erhöht werden (mindestens 1:4 Betreuung). Auch die Ausbildung der ErzieherInnen muss gefördert werden.

Schutz der Ehe - Stärkung der Familie

Die wirtschaftliche Abwertung der Familie und gleichzeitige Aufwertung der Erwerbstätigkeit durch die Sozialgesetzgebung gefährden die Qualität der Kindererziehung mit ihren langfristigen Auswirkungen und sind eine schwere Belastung für die Zukunft der Gesellschaft. Besonders ist zu beachten, dass die Förderung der Ehe heute nicht mehr unbedingt der Familie als Gemeinschaft

von Eltern und Kindern zugutekommt, da Ehe auch ohne Kinder möglich ist und auch zunehmend bewusst praktiziert wird.

Eine auf Nachhaltigkeit zielende Gesellschaftspolitik muss die Besserung der familiären Erziehungsbedingungen anstreben und darf sich folglich nicht mehr in erster Linie an der wie auch immer gearteten Partnerschaft orientieren, sondern am Vorhandensein von Kindern. Wenn aber Familie wieder attraktiver wird, dann wird auch die Ehe als deren Grundlage wieder gestärkt. Die bestehende Benachteiligung der Eltern im Sozialrecht ist konsequent abzubauen, wie es das Grundgesetz fordert. Die Ehe ist weiter gemäß dem Auftrag des Grundgesetzes zu schützen. Allerdings ist die bestehende Förderung der Ehe im Sozial- und Steuerrecht so umzugestalten, dass sie schwerpunktmäßig dem Schutz der Familie dient, also vor allem dann wirksam wird, wenn Kinder vorhanden sind oder waren. Gleichgeschlechtliche, eheähnliche Verbindungen dürfen nicht benachteiligt werden. Bei der Frage von Adoptionen muss das Kindeswohl in jedem Fall Vorrang vor den Interessen der Erwachsenen haben.

12. Hebammen und Geburtshilfe

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Schwangerschaft und Geburt prägen einen Menschen lebenslang. Gegen das Generationenproblem hilft zuallererst, wenn Eltern sich an keiner Stelle Sorgen rund ums Kinderkriegen machen müssen! Gebären darf nichts kosten!

Eine Hebamme pro Mutter

Mehr Zeit für die Betreuung rund um Schwangerschaft und Geburt ist wichtig für einen guten Start ins Leben. Die Würde der Frau und das Recht auf Selbstbestimmung sind auch unter der Geburt unantastbar. Wir fordern daher eine durchgängige 1:1-Betreuung für werdende Eltern mit einer Hebamme, die sie in der Zeit vor, während und nach der Geburt versorgt. Gerade die verlässliche Verfügbarkeit einer Hebamme bei Fragen schafft Vertrauen. Vertrauen ist die Basis einer angstfreien und natürlichen Geburt und erleichtert den Geburtsvorgang.

Kinder-Kriegen ist keine Krankheit

Eltern wollen ernst genommen werden und selbst entscheiden können. Das bedeutet, dass sie das Recht haben, das Wo, das Wie und das Mit-Wem einer Geburt selbst zu bestimmen. Natürliche und interventionsarme Geburten sind zur Seltenheit geworden. Die Kaiserschnitttrate ist enorm gestiegen. Deswegen fordern wir die Umstrukturierung der Honorarordnungen dahingehend, dass Leistungen rund um die natürliche Geburtshilfe dem Aufwand entsprechend und

nicht pauschal vergütet werden. Zeitnehmen und -haben ist unter der Geburt enorm von Bedeutung.

Geburten nur mit Hebamme

Gerade im Rhein-Main-Gebiet und Südhessen aber auch mehr oder weniger flächendeckend andernorts gibt es eine Unterversorgung mit Hebammen. Geburten dürfen per Gesetz nur unter Anwesenheit einer Hebamme stattfinden. Wegen der hohen Haftpflichtprämien haben schon zu viele ihren Beruf aufgegeben und es fehlt an Hebammen.

Damit die Ausübung dieses Berufs wieder attraktiver wird, muss man davon leben können. Deswegen werden wir dafür sorgen, dass das Einkommen bzw. die Vergütungsleistungen der Hebammen erhöht, sprich nach Aufwand und Verantwortungskompetenz kalkuliert werden.

Für die unbezahlbar hohen Haftpflichtprämien fordern wir eine grundlegende Lösung: Solidarischen Systemwechsel und die wahlweise Einrichtung von alternativen Haftpflichtstrukturen: Einrichtung eines staatlichen Haftungsfonds bzw. die Neuordnung der gesamten Berufshaftpflichtstrukturen im Gesundheitsbereich (DGUV).

Kliniken müssen mehr Hebammen beschäftigen, damit sie die Eltern unter den Geburten individuell betreuen können. Sowohl die Hebammen als auch die Eltern brauchen Ruhe für und keinen Personalwechsel bei einer Geburt.

Wahlfreiheit des Geburtsortes

Eine Geburtsbetreuung muss innerhalb von 20 Minuten erreichbar sein, damit keine Kinder im Rettungswagen zur Welt kommen müssen. Der Gesetzgeber hat die gesetzlich geregelte Wahlfreiheit (SGB V, § 24 f) des Geburtsortes wohnortnah sicherzustellen.

Wir kämpfen daher für den Erhalt von Geburtsstationen in Krankenhäusern, Geburtshäusern, Hausgeburtshebammen, angestellten und freiberuflichen Hebammen. Die häusliche und aufsuchende Versorgung durch freiberufliche Hebammen mit der Option auf eine Hausgeburt muss unbedingt erhalten werden. Auch diese gehört zur gesetzlichen Wahlfreiheit.

Darüber hinaus fordern wir...

- ... eine sofortige, umfassende Datenerhebung mit einem Monitoring zur Versorgungslage, weil die Landesregierung die aktuelle Problemlage wegredet.
- ... transparente und verständliche Daten der geburtshilflichen Praxis für werdende Eltern.
- ... ein für Familien offenes Netzwerk zum Thema Geburtshilfe.
- ... besseren Aufklärungsunterricht über natürliche Schwangerschaft, Geburt und Stillen an Schule, um Vertrauen zu schaffen und das Wissen zu erhöhen.
- ... ein eigenes Gesetz, das die vorgetragenen Maßnahmen umsetzt und damit die Versorgungssituation verbessert.

13. Gesundheitssystem

Würde vor Wettbewerb

Der Staat hat aus Sicht der ÖDP die Verantwortung zu tragen, dass in einem Gesundheitssystem nicht die Krankheit verwaltet oder ein Wirtschaftskomplex gefördert wird. Stattdessen wird mit uns die Gesundheit der Bürger jeglichen Alters und in jeder Lebenslage ins Zentrum rücken.

Deswegen brauchen wir ein staatlich gestaltet- und verwaltetes Gesundheitssystem, in dem Gewinnerzielung keine primäre Rolle spielt, Kostendeckung natürlich angestrebt wird, aber vor allem der Rahmen für einen würdevollen Umgang mit dem Menschen und seinem Körper geboten wird. Wir halten an der Idee des Sozialstaates fest, dessen Aufgabe es ist, die vorgenannten Bedingungen herzustellen. Der Sozialstaat hat für alle Aufgaben und die Umgestaltung unseres Gesundheitssystems hin zu einem menschenwürdigen zu sorgen.

Gesundheit – ja und?

Gesundheit ist nicht die Abwesenheit diagnostizierter Krankheiten, sondern das Gesund-Sein eines Lebewesens.

Gesund sein kann, wer ein gutes Gespür für sich selbst, Aufklärung, Wissen, ein sicheres Umfeld und vor allem Zeit hat. Die Zeit heilt zwar nicht alle Wunden, aber sie verhindert viele und lindert fast alle.

Zeit ist die unabdingbare Voraussetzung für gute Diagnostik, für würdevolle Pflege, für hygienisches Arbeiten im Krankenhaus/Pflegeheim und für die heilende Kraft der menschlichen Zuwendung.

Wissen ist die Voraussetzung für Gesundheit

Aufklärung über die vielfältigen mittlerweile bekannten Zusammenhänge ist dringend nötig, um das Bewusstsein für und vor allem das Wissen bezüglich Gesunderhaltung in der Gesellschaft zu fördern. Angefangen in der Schule und als freiwillige Kurse in der Erwachsenenbildung, sollen zudem auch und gerade Hausärzte die Möglichkeit haben, sich nicht nur individuell in spezialisierten Kursen, sondern alle 10 Jahre in einem bezahlten Studiensemester über die Neuerungen aus Forschung und Praxis zu informieren. Die Universitäten sind gehalten, jedes Semester Kurse dieser Art anzubieten, die nur das neue Wissen und zwar aus vorderster Front an die Hausärzte bringt. Es kann nicht von ihnen verlangt werden, dieses unglaublich breite Wissen neben ihrer Tätigkeit selbständig zu recherchieren.

Insbesondere sind dabei auch über die Ansätze der Komplementärmedizin sachlich aus Binnensicht der jeweiligen Disziplin zu informieren. Zudem müssen Maßnahmen und Programme, die im Dienste spezieller oder seltener

Fälle stehen, übersichtlich zusammengestellt und das Vorgehen für die Hausärzte hierbei praxisbezogen dargestellt werden.

Auf den Hausarzt kommt es an!

Volkswirtschaftliche Gesamtkosten in großer Höhe können eingespart werden, wenn der Hausarzt die richtige Diagnose stellt und zusammen mit dem Patienten den richtigen Behandlungsansatz wählt. Dafür braucht er nicht nur Geschick und Erfahrung, sondern v.a. aktuelles Wissen und insbesondere die Zeit, um in Ruhe und gründlich vorgehen zu können.

Wenn aber für jeden Patienten nur pauschal 50,- € im Quartal bezahlt wird, egal wie viel Zeit der Arzt für ihn aufwendet, der braucht sich über den Ärztemangel v.a. auf dem Land kein bisschen zu wundern.

Anders als manchmal behauptet, gibt es grundsätzlich genug junge Menschen, die Hausarzt/-ärztin werden wollen. Es ist auch nicht der NC, der den ländlichen Hausärztemangel verursacht, es sind die finanziellen Bedingungen, die vor allem von den Spitzenverbänden der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und den Kassenärztlichen Vereinigungen gesetzt werden. Wer als Arzt auskömmlich oder gut verdienen will, wird Radiologe oder Chirurg. Wir fordern daher eine aufwandbasierte Bezahlstruktur auch für Kassenpatienten.

Schluss mit der Zweiklassenmedizin!

Solange auf Bundesebene nicht die Weiche für eine Einheitskrankenkasse gestellt ist, treten wir für eine Reform der Gesetze im Hinblick auf die GKV ein. Die Fallpauschale ist abzuschaffen und durch eine aufwandsbezogene Abrechnung wie bei Privatpatienten zu ersetzen. Die GKV darf kein Wirtschaftsunternehmen sein, das Gewinne erzielt. Rücklagen, Kostendeckung, alles keine Frage. Sie darf auch nicht diktieren, wer aufgrund welchen Status welche Behandlung erhalten darf. Die Gesundheit und die Erfordernisse müssen entscheiden.

Gerade komplementärmedizinische Verfahren wie z.B. die Osteopathie, die im Privatbereich immer bezahlt wird, könnten immense volkswirtschaftliche Kosten reduzieren. Neben dem, dass ungezählte Menschen von ihren oft „unheilbaren“ Leiden befreit werden könnten.

Nicht umsonst haben Studien belegt, dass wer reicher auch gesünder ist. Das ist eines Landes wie Deutschland unwürdig. Die Verfügbarkeit einer Therapiemethode – schulmedizinisch oder alternativ – darf nicht vom Vermögen des jeweiligen Patienten abhängen, sondern muss nach den individuellen Bedürfnissen entschieden werden. Einem Patienten, der bereits alle schulmedizinischen Therapieoptionen hinter sich hat, muss – in vernünftigem Rahmen – auch der Zugang zu alternativen Therapien ermöglicht werden. Bei den finanziellen Mitteln, die in das deutsche Gesundheitssystem gepumpt werden, ist das durchaus möglich!

Menschenwürdige Pflege

Auch der Pflegekräftemangel ist hausgemacht. Wer weiß, dass er nach 10 Jahren umschulen muss, weil ihn der Beruf irreversibel krank bzw. kaputt macht, der will ihn nicht ausüben. Unternehmen in Schweden sind mit gutem Beispiel voran gegangen und haben die Arbeitsstunden auf 6 pro Tag reduziert. Mit erhöhter Produktivität.

Wir fordern daher:

- ein Verbot der Gewinnerzielung für staatliche und private Alten-/Pflegeheime und Krankenhäuser über das Erhaltungsmaß hinaus (ein gemeinsam auszuarbeitender Anteil an erlaubten Rücklagen, weitere Überschüsse sind an das Personal auszuzahlen)
- eine höhere Vergütung für Kranken-/Pflegekräfte
- die Einführung des 6-Stunden-Tages bei vollem Lohnausgleich
- im 1. Schritt Heraufsetzen der Zeitschlüssel für Tätigkeiten
- 2. Schritt höhere Vergütungspauschale mit Nachforderungsmöglichkeit im begründeten Einzelfall
- eine rechtliche Absicherung des Personals zur Auslagerung nötiger Dokumentation auf speziell dafür angestellte Fachkräfte
- die Überprüfung und Verschlinkung der Dokumentationspflicht
- einen Privatisierungsstopp öffentlicher Einrichtungen im Gesundheitsbereich.

14. Kulturförderung

Integration durch Kulturförderung

Kulturförderung kostet Geld, aber die Streichung vieler Kulturprojekte käme uns teuer zu stehen. Musik, Theater, Kunst und Literatur tragen zur sozialen Integration bei. Die ÖDP fordert die Einführung eines Musikschulgesetzes mit verbindlichen Regeln zur Finanzierung. Außerdem sollen Zirkusse, die auf Tierleid in der Manege verzichten, bei der Kulturförderung berücksichtigt werden.

Museumsbesuch für alle

Viele Museen in Hessen bieten schon jetzt kostenlosen Eintritt für Personen unter 18 Jahren an. Die ÖDP positioniert sich für eine Ausweitung dieses Prinzips, da Kindern und Jugendlichen der Museumsbesuch so erleichtert wird und besonders ihnen der Zutritt zu kulturellen Einrichtungen nicht erschwert werden sollte. Ferner soll es in allen musealen Sammlungen einen ermäßigten Beitrag für Menschen mit Behinderungen, Arbeitslosen und Studenten geben, damit auch diese Menschen sich einen Museumseintritt leisten können.

Da die Museen nicht allein ihren Etat stützen können, muss daher das Land Hessen kulturelle öffentliche Ausstellungshäuser mehr unterstützen und die

wissenschaftliche Arbeit fördern, damit die vielseitige Kulturlandschaft Hessens erhalten bleibt.

Ein Volontär mit Studienabschluss muss im Monat mind. 2000 € brutto verdienen, da das aktuelle Gehalt für diese Qualifikation nicht angemessen ist. Deshalb müssen Angestellte von Museen, insbesondere im Volontariat oder während einer Promotion, über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Zudem sollen mehr Stellen geschaffen werden, um die vielen studierten Bewerber im Kulturbereich gut beschäftigen zu können.

Für vielseitige Kulturarbeit

Des Weiteren unterstützt die ÖDP die Arbeit von Veranstaltungshäusern, um Literatur, Tanz, Theater, Oper, Kino und Musik zu fördern. Wir treten für eine Neuordnung der Finanzierung der Landesschauspielhäuser zwecks besserer Eigenfinanzierung ein.

Die ÖDP setzt sich für den vollständigen Erhalt des Landesgestüts Dillenburg und die Entwicklung sowie Finanzierung eines in jeder Hinsicht vorbildlichen Landesreitschulkonzepts ein.

15. Mobilität

Verkehr – ökologisch, sozial und zukunftsfähig

Der Verbrennungsmotor gehört ins Museum. Daher fördern und fordern wir den Wandel hin zur nachhaltigen ökologischen und sozialen Elektromobilität in Verbindung mit einem ÖPNV, der seinen Namen verdient. Der sukzessive Aufbau und die Weiterentwicklung des ÖPNV ermöglichen es, PKWs häufiger in der Garage zu lassen. Dieser Umbau wird den Individualverkehr weder einschränken noch Bevölkerungsgruppen oder Regionen benachteiligen.

Vorfahrt für den ÖPNV

Stärkung des ÖPNV auch im ländlichen Bereich: Wir sind für die Einführung eines Mindesttakts, der sowohl an Werktagen als auch an Wochenenden eine verlässliche Planungsbasis für alle ÖPNV-Teilnehmer darstellt. Vorhandene kommunale Rufbus- und Bürgerbussysteme sind miteinander zu vernetzen und weitere in den Kommunen auszubauen.

Vorhandene Kapazitäten optimieren

Ein Infrastrukturprogramm zum Auf- und Ausbau vorhandener Eisenbahnstrecken und Bahnhöfen hat das Ziel

- a. die Transport-Kapazitäten zu erhöhen
- b. den ÖPNV zu beschleunigen
- c. die Lärmbelastung der Anwohner nachhaltig zu reduzieren

- d. die Fahrgastsicherheit zu erhöhen
- e. Verbesserung der Bike&Ride-Platz-Situation durch Förderung der Installation von Fahrradboxen
- f. Aufbau von Car-Sharing-Knotenpunkten

Stillgelegt – Aber nicht mehr lange!

Land, Landkreise sowie die Kommunen prüfen, unter welchen Bedingungen stillgelegte Eisenbahnstrecken, zum Beispiel die Salzböde-Bahn oder die Westerwald-Querbahn, wieder reaktiviert werden können, so dass sie ökologisch und ökonomisch eingesetzt werden können.

Neue Kapazitäten schaffen

Wir fördern die Umsetzung des Strecken-Neubauprogramms „RheinMainPlus“ mit dem Ziel, den fahrzeuggestützten Pendlerverkehr durch einen schnellen ÖPNV abzulösen.

Fahrradweg - nur ein gutes Netz sorgt für Entlastung

Viele lokale und regionale Fahrradwege bedürfen einer verbesserten Vernetzung. Hierzu sind mittels Landesfördermitteln Fahrradschnell-Wege aufzubauen, die durch die Kommunen und die Landkreise zu planen und zu betreiben sind.

Tempo 30 innerörtlich!

Das Land Hessen wird die Kommunen und kreisfreien Städte bei der Einführung des innerörtlichen Tempo 30 nicht nur beratend unterstützen, sondern auch Hessen Mobil anweisen, die Umsetzung nicht zu behindern. Vor allem im ländlichen Bereich führen häufig Landesstraßen durch die Ortschaften. Da diese unter der Kontrolle von Hessen Mobil stehen, werden kommunale Bestrebungen zur Geschwindigkeitsreduzierung häufig durch Hessen Mobil behindert, oft sogar unmöglich gemacht. Wir sorgen dafür, dass Hessen Mobil umdenken lernt.

Lärm- und Emissionsschutz an Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen

Verkehrslärm macht krank. Wir sind es den Hessinnen und Hessen schuldig, vorhandene Lärminfrastruktur gefahrlos zu stellen. In Rahmen eines landesweiten Programms „Lärmfreies Hessen“ werden Land, Kreise und Kommunen in die Pflicht genommen, vorhandene Infrastruktur zu entlärmen. Die ÖDP spricht sich daher beispielhaft für den Bau einer Tunnellösung aus, anstatt z.B. die Talbrücke Sechshelden (A45 Haiger) zu renovieren.

Flughäfen: Frankfurt und Kassel-Calden

Flugverkehr lässt sich nicht verbieten, jedoch darf die Umwelt nicht weiter geschädigt werden. Anstatt um jeden Preis weitere Kapazitäten zu schaffen,

wird vorhandene Kapazität besser genutzt, in dem z. B. nur Flugzeuge mit geringen Emissionswerten die hessischen Flughäfen ansteuern dürfen. Ein Terminal für Billigflieger, das Terminal 3, setzt umweltpolitisch ein falsches Signal. Seitens der Landesregierung sind Lärm- und Emissionskontingente zu definieren, die für die Fluglinien einen Anreiz schaffen, auf weniger umweltschädliche Flugzeuge umzurüsten. Laute Maschinen haben Start- und Landeverbot. Lärmschutz bedeutet aber auch, dass ein generelles Start- und Landeverbot von 22-6 Uhr umzusetzen ist.

Kassel-Calden – Nachhaltige Transformation eines Flughafens

Die landespolitische Fehlleistung schlechthin, der Flughafen Kassel-Calden, ist sofort stillzulegen und einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Erstmals haben wir die Gelegenheit, einen Flughafen in ein nachhaltig gestaltetes Wohn- und Gewerbegebiet, in dem unter anderem Produktions- und Forschungsstätten für umweltschonende Technologien, regenerative Energien und nachhaltige Landwirtschaft angesiedelt sein sollten, umzuwandeln.

16. Innere Sicherheit

Mehr Sicherheit vor krimineller Bedrohung!

Es gehört zu den ursprünglichen und zentralen Aufgaben des Staates, die Sicherheit seiner Bürger/-Innen zu gewährleisten. Er hat das Gewaltmonopol und muss wirksam Kriminalität bekämpfen. Eine Privatisierung dieser Aufgabe darf nicht geschehen. Die Landesregierung hat die Polizei mit geeigneten, modernen und grundgesetzkonformen Mitteln auszustatten.

Neuorganisation des Landesverfassungsschutzes!

Die Untersuchungen im Rahmen der NSU-Ermittlungen haben bewiesen, dass Bundes- und Landesnachrichtendienste ihr eigenes Süppchen kochen. Der Landesverfassungsschutz bedarf dringend einer Reformierung. Es ist eine klare Definition der Aufgabenbereiche sowie der Zuständigkeit nötig.

Mehr Personal, weniger Überstunden, bessere Ausstattung

Personalmangel und eine schlechte technische Ausstattung dürfen nicht länger der Hemmschuh einer effektiven Kriminalitätsbekämpfung sein. Hessens Polizisten/-innen haben es verdient, eine moderne Ausstattung zu erhalten. Neueinstellungen stellen sicher, dass die Einsatzkräfte nicht weiter Überstunden aufbauen müssen.

Wirksame Korruptionsbekämpfung!

Korruption zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat, gefährdet die ökonomische Fairness und verursacht hohe gesellschaftliche Kosten. Polizei und Staatsanwaltschaft sind in Zusammenarbeit mit anderen Behörden der Einblick in die Finanzaktionen der Tätergruppen und der Zugriff auf illegale Gewinne zu erleichtern.

Zur Bekämpfung gehört eine verfassungskonforme Neufassung der Vermögensstrafe ebenso wie der Ausschluss bestechender Unternehmen von öffentlichen Aufträgen (Korruptionsregister).

Aufbau von Spezialeinheiten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie krimineller Familien-Clans

Berlin Neukölln, Hamburg, Köln. Überall breiten sich Familienclans aus, die den Rechtsstaat und somit die Demokratie in Frage stellen. Die ÖDP wird es nicht zulassen, dass Parallelwelten und rechtsfreie Räume aufgrund krimineller Strukturen geschaffen werden. Die ÖDP setzt sich für den Aufbau von Spezialeinheiten ein, die diese Form der organisierten Kriminalität wirksam bekämpft.

Ja zur Bodycam! – Ja zum Schutz der Polizei

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört zu den ursprünglichen und zentralen Aufgaben des Staates. Die ÖDP tritt dafür ein, dass Polizei und Staatsanwaltschaft die dafür notwendigen Befugnisse erhalten, insbesondere auch im Bereich neuer Technologien, unter Wahrung der Grundrechte, der Persönlichkeits- und der Datenschutzrechte sowie unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Wer sich gegen das Gewaltmonopol des Staats auflehnt, muss damit rechnen, dass mögliche Straftaten und Fehlverhalten dokumentiert werden.

Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs – Kompetenz verbessern und externe Spezialisten gewinnen!

Wir, die ÖDP in Hessen sprechen uns ganz klar gegen weitere Stellenkürzungen bei der Polizei aus. Die Attraktivität des Polizeiberufs ist durch eine „Sonderlaufbahn Polizei“ zu steigern und die Kompetenzen im Bereich der Bekämpfung von Wirtschafts- und Computerkriminalität sind durch die Gewinnung entsprechender Fachkräfte zu verbessern. Für Ballungsräume sind Zulagen zu zahlen, so dass für unsere Polizist/-innen ein Leben vor Ort möglich wird.

17. Rechtsstaatlichkeit wahren

Hoheitliche Tätigkeiten sind essentiell

Bildung, Polizei, Daseinsvorsorge, Gesundheitswesen, sozial-kulturelle Einrichtungen verstehen wir als eine Art hoheitlicher Aufgaben des Staates. Sie gehören nicht der Daseinsversorgung aber einer volkswirtschaftlich verstandenen Gestaltung gesellschaftlichen Zusammenlebens an. Der Staat muss hier statt auf Profitmaximierung mit ihren verzerrenden Effekten der Marktideologie für weise und langfristig gedachte Qualität des Zusammenlebens Sorge tragen. Es gehört dies nach unserem Verständnis zum ureigenen Konzept eines fürsorglichen Staates.

Wahrung der freiheitlich-rechtlichen Grundordnung

Fürsorge hat zwei Seiten. Ein starker Staat setzt nicht nur gute Rahmenbedingungen für gelingendes Zusammenleben. Er wacht auch darüber, dass die Grundordnung und die freiheitlich-demokratischen Errungenschaften gewahrt bleiben. Angesichts der Vielzahl von Menschen aus anderen Rechts- und Kulturkreisen brauchen wir vielmehr eine Stärkung als eine Schwächung durch Unterfinanzierung. Wenn der Staat aufhört, die freiheitlichdemokratische Grundordnung durch starke Sanktionen zu bewahren und stärken, gerät der Rechtsstaat in Gefahr: Bildung und Lernen über die ungeschriebenen Gesetze unserer Kultur sind zwingende Voraussetzungen für gelungene Integration. Aber eben nicht nur: Auch Rücksicht im ÖPNV, die Einhaltung der Gleichstellung von Mann und Frau, das Gebot der Ehrlichkeit und viele andere Regeln des Zusammenlebens müssen konsequent eingefordert und Verstöße möglichst lückenlos und direkt sanktioniert werden. Das muss uns etwas wert sein! Es schafft nicht nur etliche Arbeitsplätze, es garantiert auch ein geborgeneres Zusammenleben.

18. Transparenzgesetz

Unser Land braucht Demokratie!

Hessen ist unter den Schlusslichtern in Sachen transparenter Staat in der BRD. Wir wollen das ändern. Die ÖDP ist für offene Demokratie, die vom Bürger nachvollzogen, mitgestaltet und kontrolliert werden kann. Dafür müssen Organe des Staates und natürlich der Kommunen von sich aus Informationen i.w.S. veröffentlichen. Wer ein bloßes Antragsrecht fordert, will weder Demokratische Teilhabe noch echte Mitbestimmung. Wir wollen letztere, und deswegen treten wir für ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild ein.

Demokratie lebt von Vertrauen und Mitgestaltung

Um Demokratie zu leben, braucht es Vertrauen: in die Regierung, in die staatlichen Organe, in die Verwaltungen.

Wer keine Auskunft gibt, hat etwas zu verbergen. Das Misstrauen in den Hessischen Staatskörper ist darum berechtigterweise groß. Die Landesregierung will vor Entscheid über ein Informationsfreiheitsgesetz die Ergebnisse der anderen Länder auswerten. Die Auswertung findet geheim statt, obwohl von Unabhängigen (Mehr Demokratie e.V.) längst eine Vorliegt...

Wir wollen das ändern! Mit uns wird es ein Transparenzgesetz geben, das Bürgern ohne Antrag Information über ihr Handeln leicht zugänglich macht, aber natürlich personenbezogene Daten schützt. Erst dann können Bürger mitgestalten.

Um Mitbestimmung zu ermöglichen, braucht es Verstehen und Verstehen basiert auf Wissen: Um das, was geschieht, auf allen Ebenen. Erst dann kann Demokratie, öffentliche Meinungsbildung und Mitgestaltung stattfinden.

Was bewirkt ein Transparenzgesetz?

Bürger können staatliches Handeln und amtliche Informationen nachvollziehen, Statistiken, Untersuchungen und Gutachten leicht zugänglich einsehen, mitreden. Dadurch wird u.a.: Steuerverschwendung vorgebeugt, Korruption erschwert, Verwaltungshandeln vereinfacht, Vertrauen in Politik und Verwaltung gestärkt, Bürgerrechte bewusster wahrgenommen, Mitbestimmung ermöglicht. Ein Transparenzgesetz schafft die Basis für eine aktive Demokratie.

Wie soll das Transparenzgesetz gestaltet sein?

Informationen müssen für Bürger leicht und immer zugänglich sein. Das Land wird entsprechend verpflichtet, amtliche Informationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören die Regierung, der Landtag, die Staatsverwaltung, alle Ministerien und untergeordneten Verwaltungsbehörden bis hin zur kommunalen Verwaltung.

Es soll auch für die Steuerbehörden, den Rechnungshof, den Verfassungsschutz sowie die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gelten.